

und dem Status quo, sondern der Auflockerung der Fronten dienen und zugleich gewaltsame Lösungen in diesem Raum unwahrscheinlich machen.

Es ist unbegreiflich, daß die Bundesregierung sich diese Aussichten zum alleinigen Nutzen einer imaginären NATO-Strategie und eines unzeitgemäßen Großmachtdenkens verscherzen will. Dies um so mehr, als die Bundesrepublik bei ihren westlichen Entspannungsbemühungen mit ähnlichen Mitteln echte Erfolge erzielt hat. Dabei hat es sich erwiesen, daß schwierige Streitfragen am besten dadurch zu lösen sind, daß man eine Atmosphäre des Vertrauens schafft und in ernsthafte Verhandlungen eintritt. Die schwere wirtschaftliche Lage Polens bietet einem industriell und kreditpolitisch so starken Lande wie der Bundesrepublik unabsehbare Möglichkeiten, sich den Polen nützlich zu machen und dadurch die Atmosphäre zu entgiften. Auch die polnischen Intellektuellen suchen leidenschaftlich Anschluß an den Westen, und hier bieten sich beste Aussichten durch Austausch und Kennenlernen von Gelehrten, Studenten, Schriftstellern, also den für die öffentliche Meinungsbildung maßgebenden Schichten. Auch politisch würde die mitteleuropäische Interessengemeinschaft allmählich zu einer Überwindung der bestehenden Gegensätze führen, wenn von beiden Seiten der Ausgleich ehrlich gewollt wird. Dazu gehört freilich die Überwindung des polnischen Angstkomplexes und der germanischen Arroganz gegenüber der angeblich minderwertigen Kultur der Ostvölker. Vor 800 Jahren nahm der erste polnische König das Kreuz, und seit dieser Zeit gehört das polnische Volk religiös, kulturell und politisch dem Westen an. Die Koexistenz der Deutschen und Slawen ist durch Natur und Geschichte vorgegeben. Sie zu praktizieren, sollten wir nicht im Sinne Wengerscher Ideologien den Deutschen in der DDR überlassen, das ist Aufgabe des ganzen deutschen Volkes, dem die natürliche Aufgabe gestellt ist, eine Brücke zwischen Ost und West zu schlagen.

Dr. Hans Magnus Enzensberger

Einige Vorschläge zur Methode des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung

Seitdem und soweit die Deutschen das Recht und die Möglichkeit, sich politisch zu äußern, zurückgewonnen haben, ist es zu keiner stärkeren Kundgebung ihres Willens gekommen als in der Kampagne gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr. Die Bundesregierung scheint diese oppositionelle Bewegung nach Intensität und Umfang zu unterschätzen; wenigstens legt die Primitivität, mit der sie glaubt, ihre mißliebigen Äußerungen abwürgen zu können, diese Vermutung nahe. Der Versuch, das Losungswort „Kampf dem Atomtod“ wie einen Spieß umzudrehen und es als Motto für die Atombewaffnung zu verwenden, ist beispielsweise an Albernheit kaum zu überbieten. Gegen Volksbefragungen und Spendensammlungen mit Verbotsanträgen und Haussuchungen einzuschreiten, verrät ebenfalls nicht nur die Geringschätzung unserer staatsbürgerlichen Rechte, von der unsere Regierung durchdrungen ist, sondern auch eine Beurteilung der Lage, die vielleicht nicht ganz realistisch ist. Mit solchen Gegenzü-

gen wird nur erreicht, daß sich die faktisch vorhandenen Gegensätze weiter polarisieren und daß sich der Antagonismus der Meinungen verschärft. Auf lange Sicht spielen sie der Kampagne in die Hände.

Andererseits läßt sich mit gutem Grund sagen, daß die Gegner der atomaren Aufrüstung die Mittel, die in ihrer Hand sind, nicht hinreichend ausnutzen. Welcher Art sind diese Mittel? Es hat sich in Frankreich gezeigt, daß dort die Demokraten nicht bereit waren, mit revolutionären Mitteln gegen die kompakte Macht der militärischen Zentralen vorzugehen. Noch viel weniger als in Frankreich ist bei uns an die Barrikade als Kampfmittel zu denken. Die Wahrheit ist, daß es heute in Westeuropa keine politische Frage, und wäre sie noch so lebenswichtig, gibt, um derentwillen ein substantieller Teil der Bevölkerung revolutionäre Schritte tun würde. Selbst der Generalstreik ist offenbar eine Weiterung, die der deutschen Gewerkschaftsführung undenkbar scheint. Diese Tatsachen sind in Rechnung zu stellen.

Die psychologische Präsenz der Kampagne ist somit ihre einzige Chance, etwas auszurichten, und man sollte sich darüber im klaren sein, daß diese Chance gering ist. Man hat es mit einer Gegenseite zu tun, die von moralischen Argumenten nicht zu erreichen ist, und die auf Äußerungen der Empörung vollkommen kaltschnäuzig reagiert. Die Propaganda ist für die Inhaber der Macht der einzige Punkt, in dem sich Politik und Gewissensentscheidungen schneiden. Bloße Gefühle, mögen sie noch so lauter, noch so weit verbreitet sein, machen auf sie keinerlei Eindruck. Die modernen Herrschaftsformen haben Techniken entwickelt, die es gestatten, die Emotionen der Beherrschten beliebig zu unterdrücken und zu manipulieren. Was anderswo mit den klobigen Mitteln der Zensur und der Geheimpolizei erreicht wird, nimmt hierzulande die Form einer Übereinkunft der „maßgeblichen“ Leute an, die Stimmungen und Überzeugungen der Wähler mit einem Achselzucken zu übergehen. Der angebliche Souverän, der Demos, sieht sich, sobald er das Wort zu ergreifen versucht, zum „Mob“, zur „Straße“ deklassiert, unter deren Druck man angeblich nicht regieren könne. Man versucht zunächst, seine Proteste mit Stillschweigen zu übergehen. Die Urheber versucht man einzuschüchtern, indem man sie wirtschaftlich oder durch polizeiliche Mittel unter Druck setzt. Ist gleichwohl eine Bewegung entstanden, deren man auf solche Weise nicht Herr werden kann, so versucht man sie zu ermüden. In der Sache selbst geht man darauf aus, Zeit zu gewinnen und vollendete Tatsachen zu schaffen. Die beiden letztgenannten Mittel sind die wichtigsten und erfolgversprechendsten, die den Inhabern der Macht zu Gebote stehen. Psychologische Bewegungen größeren Ausmaßes haben nämlich ihre eigene, immanente Dynamik, die keinen Stillstand zuläßt: sie verlieren von selbst an Kraft von dem Augenblick an, wo sie aufhören, an Gewicht und Beschleunigung zuzunehmen. Jeder Werbefachmann wird diese These aufs Genaueste belegen können. Ebenso unverbrüchlich sind die Gesetze, welche in unserer komplexen Welt das Spiel der Mächte regieren: sie besagen, daß jeder einzelne machtpolitische Zug hundertmal leichter zu tun als zurückzunehmen ist. Es handelt sich dabei um quasi-irreversible Prozesse, die einer historischen Schwerkraft unterliegen. Hieraus erklärt sich die Verbissenheit, mit der die Bundesregierung versucht, faits accomplis zu schaffen, um hinterher triumphierend zu erklären, daß man sich an die aus ihnen erwachsenen Verpflichtungen und Folgen zu halten habe. Die Hast, mit der der Verteidigungsminister seine Einkäufe tätigt, hat nichts mit militärischer Notwendigkeit zu schaffen: sie will den politischen Gegnern im eigenen Land einschärfen, daß es längst zu spät sei, Widerstand zu leisten. Die Matadorraketen des Franz-Josef Strauß richten sich so in erster Linie gegen seine Gegner innerhalb der Grenzen des Bundes.

Die psychologische Seite des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung ist von seinen Verfechtern immer noch nicht mit genügender Kälte und Nüchternheit ins Auge gefaßt worden, und zwar vermutlich deshalb, weil diejenigen, welche sich für die Kampagne einsetzen, sich durch ihre guten Absichten und ihre wohlgeprüfte Überzeugung vom methodischen Raisonement dispensiert glauben. Es ist in ihren Reihen die Meinung anzutreffen, daß man sich nicht auf technisch-taktische Erörterungen einlassen dürfe, wo es um so große, ja am Ende heilige Dinge gehe. Diese Meinung hält einer sachlichen Prüfung nicht stand. Wir leben in einer Signal- und Plakatwelt, die uns dauernd die Namen von Rasierwassern und Filmstars, Ideologien und Bestsellern infiltriert. So unangenehm dem laueren politischen Denker das auch sein mag, es unterliegt keinem Zweifel, daß seine Sache in der Öffentlichkeit mit jenen konkurrieren muß.

Nun zeigt der bisherige Verlauf der Dinge, daß die Publizität der Aktionen gegen die Atomrüstung ihrer Bedeutung und ihrem Umfang keineswegs entspricht. Die Gründe hierfür sind bekannt. Die zahlreichen Resolutionen privater Leute, organisierter Gruppen und Verbände werden, wenn überhaupt, so nur in schematischen Agenturberichten erwähnt und in entfernten Ecken unserer Zeitungen versteckt. In den seltensten Fällen enthalten diese Resolutionen Hinweise auf das direkte politische Verhalten ihrer Urheber oder ihrer Adressaten: sie begnügen sich mit der Formulierung allgemeiner Warnungen und Maximen. Das erlaubt den Atompolitikern, sie zu ignorieren. Um die Publizität von Kundgebungen und Versammlungen der Kampagne ist es kaum besser bestellt. Im Straßenbild tritt ihre Existenz kaum in Erscheinung. Auseinandersetzung und Berichterstattung beschränken sich weitgehend auf Presseorgane und Versammlungen, die von Gleichgesinnten gelesen und besucht werden. Dadurch kann auf die Dauer innerhalb der Bewegung ein falsches Bild von ihren Aussichten entstehen. Jedenfalls werden die Außenstehenden, die es zu überzeugen gälte, auf diese Weise nicht erreicht.

Zur Änderung dieses Zustandes seien im folgenden einige Vorschläge beigebracht. Zunächst sollten sich die vorhandenen Gruppen und Komitees, gleich welchen Namens und unabhängig davon, was ihre unmittelbaren Kampfziele sind, nicht damit begnügen, Resolutionen zu formulieren und diese dann einer Nachrichtenagentur sowie den zuständigen Regierungsstellen zu übergeben. Nehmen wir den Fall an, eine Resolution gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr käme zustande, die von 3000 Hausfrauen unterschrieben wäre. Das geschilderte Verfahren führt lediglich zu einer Dreizeilenmeldung in den deutschen Blättern. Das Bundeskanzleramt wird die mühsam erarbeitete Liste mit einem schwachen Lächeln in die unterste Schublade legen. Damit wäre die Wirkung des Unternehmens erschöpft. Ganz anders sieht die Sache hingegen aus, wenn das betreffende Komitee sich entschließt, selbst für seine eigene Publizität zu sorgen. In diesem Fall wäre von jedem, der die Entschließung unterzeichnet, ein kleiner Unkostenbeitrag zu erheben. Von dem resultierenden Betrag wären die Kosten einer möglichst ganzseitigen Veröffentlichung der Entschließung in Form einer Zeitungsanzeige in den führenden deutschen Blättern zu bestreiten. Ein solcher Text, unterzeichnet von 3000 namentlich genannten Stimmberechtigten, wäre ein politisches Faktum, das zu ignorieren sich unsere Regierung wohlweislich hüten würde.

Die Wirkungsmöglichkeiten des Verfahrens sind damit keineswegs erschöpft. Vielmehr wäre die Anzeige mit einer öffentlichen Aufforderung an alle Gleichgesinnten zu verbinden, sich der Resolution anzuschließen. Jeder, der ihr seinen Namen liehe, sollte einen kleinen Geldbetrag auf ein zu nennendes Konto überweisen, das ausschließlich zur Publikation weiterer Anzeigen verwendet werden

sollte. Auf diese Weise kann, wie jeder Psychologe bestätigen wird, eine Kettenreaktion ausgelöst werden, die alle Kräfte der Opposition gegen die Atomrüstung auszuschöpfen imstande wäre.

Jeder derartige Anzeigentext sollte eine öffentliche Ankündigung einschließen, daß keiner der Unterzeichneten in Zukunft für einen Abgeordneten, gleichgültig welcher Partei, gleichgültig ob in Bundestags-, Landtags-, Senats-, Stadt- oder Kreistagswahlen, seine Stimme abgeben würde, der sich nicht vor der Wahl eindeutig und öffentlich gegen jede Form von Atomrüstung in Westdeutschland erklärt hätte. Es ist dies die Sprache, auf die Volksvertreter zu hören bereit sind. Die Drohung mit dem Entzug von Wählerstimmen ist eine Waffe, die wir als Bürger besitzen, um unseren Willen durchzusetzen. Sie muß mit aller Schärfe benutzt werden.

Vor jeder einzelnen Wahl, ganz gleich auf welcher Ebene, müssen die Arbeitsgruppen und Komitees die Konsequenz aus ihrer vorhergehenden Arbeit ziehen. Es ist notwendig, daß sie mit ihren Inseraten in die Wahlkämpfe direkt eingreifen. Das kann in folgender Form geschehen: zu veröffentlichen sind Listen derjenigen Abgeordneten, die ihren Wählern die gewünschten Zusicherungen gegeben haben. Diese Abgeordneten, gleichgültig welcher Partei sie angehören, sind der Öffentlichkeit zu empfehlen. Abgeordnete, die keine solche Erklärung abgegeben oder sich in Ausreden geflüchtet haben, sind ebenfalls namentlich aufzuzählen. Dabei muß klargestellt werden, womit ihre Wähler zu rechnen haben. Eine dritte Kategorie von Abgeordneten, die in derartigen Auswahllisten erscheinen müßte, sind diejenigen Volksvertreter, die trotz ausdrücklicher Zusicherungen gegenteiligen Inhalts vor den letzten Bundestagswahlen am 25. März für die atomare Rüstung gestimmt haben. Da ein Mann sein Wort nur einmal brechen kann, wäre es zwecklos, solche Abgeordnete ein zweitesmal vor Alternativen zu stellen; sie scheiden von selbst aus, da man ihren Aussagen keinen Wert beimessen kann. (Zu diesen Abgeordneten gehört Dr. Konrad A d e n a u e r; vgl. seine Erklärung vom 10. Mai 1957.)

Die Gruppen, die sich zu dem hier vorgeschlagenen Vorgehen entschließen, sollten sich in zweifacher Hinsicht sachkundigen Beistandes versichern. Zunächst ist in jedem Fall ein guter Rechtsanwalt unerlässlich. Wie der Fall R i c h t e r in München gezeigt hat, schreckt die Regierung keineswegs davor zurück, polizeiliche Mittel einzusetzen, um solchen öffentlichen Äußerungen mündiger Staatsbürger mit Gewalt zu begegnen. Es ist ferner denkbar, daß sich die Anzeigenverwaltungen gewisser Blätter weigern, die fraglichen Annoncen aufzunehmen. In diesen Fällen muß die Rechtslage geklärt und wenn möglich die Veröffentlichung erzwungen werden.

Außerdem soll zur Formulierung und äußeren Gestaltung der Anzeigen der Rat von erfahrenen Fachleuten eingeholt werden, die sich auf Textierung und Lay-out verstehen. Der gute Wille tut es auch hier keineswegs, wenn eine möglichst nachhaltige Wirkung erzielt werden soll.

Zur Ergänzung der Anzeigen-Lawine können folgende Mittel vorgeschlagen werden: Gruppen, die über die nötigen Geldmittel verfügen, können den Anzeigen entsprechende Plakate drucken lassen und entweder öffentlichen Plakatraum in Großstädten mieten oder sympathisierende Geschäfts-, Gaststätten- und Kinobesitzer bitten, sie in Läden, Schaufenstern und Gaststuben auszuhängen bzw. als Diapositiv zu zeigen. Auch für solche Aktionen sind selbstverständlich Rechtsbeistände und Fachleute für Text und Bild erforderlich. Es ist nicht einzusehen, warum es der Kampagne nicht gelingen sollte, sich diejenigen Mittel zu verschaffen, über die jeder beliebige Zirkus verfügt, um sich in der Öffentlichkeit präsent zu machen. Wer bereit ist, eine politische Deklaration zu unter-

zeichnen, nicht jedoch, sich an den Kosten ihrer Veröffentlichung zu beteiligen, dem wird man unterstellen dürfen, daß es ihm mit seiner Unterschrift nicht ernst ist: man kann auf sie verzichten.

Schließlich sei auf einige Methoden zur Beeinflussung von Abgeordneten hingewiesen. Die Stimme der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung sollte sich in den kommenden Wahlkämpfen auf allen Versammlungen geltend machen, und zwar gerade auf solchen, von denen anzunehmen ist, daß sie entgegengesetzte Absichten propagieren. Da die unfaire Diskussionstechnik der meisten Versammlungsleiter nur allzu bekannt ist, wird man gut daran tun, jeweils drei bis fünf sorgfältig ausgewählte und gut trainierte Sprecher zu entbieten, deren erstes Ziel es sein muß, die Kandidaten zu eindeutigen Äußerungen in der fraglichen Sache zu provozieren und sie gegebenenfalls auf die bevorstehende Veröffentlichung der oben beschriebenen Warnlisten aufmerksam zu machen.

Eine weitere Aktionsmöglichkeit, die sich in England bereits gut bewährt hat, ist die sogenannte mass lobby. Die Komitees der einzelnen Gruppen übernehmen dabei die Planung von Besuchen der Wähler bei ihren Bonner Abgeordneten. Ein Ausschuß, der zu diesem Zweck zu bilden ist, übernimmt die Organisation des Transportes und die Festlegung von Verabredungen. Abgeordnete, die sich weigern, ihre Wähler zu empfangen, müssen mit öffentlicher Bekanntmachung dieser Weigerung in den Zeitungen ihres Wahlkreises rechnen. Auch Touristen und Geschäftsreisende, die zufällig nach Bonn kommen, sollten es sich zur Regel machen, ihre Abgeordneten von sich aus aufzusuchen und in der Frage der Atomrüstung auf sie einzuwirken. Weniger wirksam als das persönliche Erscheinen der Wähler ist der Versuch, die Abgeordneten brieflich zu beeinflussen. Jedoch ist auch der Brief ein geeignetes Mittel, wenn er in ausreichender Massierung angewandt wird.

Die hier aufgezählten Methoden erschöpfen die Möglichkeiten, die gegeben sind, noch lange nicht. Es ist schwer, ihren faktischen Wert von vornherein richtig einzuschätzen. Er kann sich erst im politischen Kampf erweisen. Da die Wähler jedoch im politischen Klima der Bundesrepublik stets am kürzeren Hebelarm sind, wäre es nicht zu verantworten, wenn sie auch nur die mindeste Chance zur Durchsetzung ihres Willens ungenutzt ließen. Die bloße Rhetorik des Protestes, der sich unter Gleichgesinnten kundtut, kann die Kampagne nicht zum Ziele führen. Was ihr nottut, ist die kaltblütige und phantasievolle Ausnutzung aller psychologischer Möglichkeiten, die sich ihr bieten. Ein solches Vorgehen ist kostspielig. Dazu ist, in der Sprache des Marktes, zu sagen, daß der Kampf um das Überleben unseres Erdteils immer noch die beste Investition ist, die heute möglich ist. Solche Argumente wird man brauchen können und brauchen müssen, wenn man sich entschließt, mit der Sache des Friedens auf die Straße, auf den Markt, auf die Agora zu gehen.
